

Kommentar zu Wilhelm Reichmann „Wahlen in Taiwan“

(International – Die Zeitschrift für Internationale Politik), Jänner 2020,

<https://www.youtube.com/watch?v=wyc1pZ4eiFw>

Von Christian Schafferer

Der Titel des Beitrags ist irreführend, da der Vortragende gar nicht über die Wahlen selbst referiert, sondern sie nur als Aufhänger für die immer wiederkehrende Geschichte über die abtrünnige Provinz Taiwan verwendet. Der Vortragende weist daher naturgemäß erneut darauf hin, dass Taiwan völkerrechtlich Teil Chinas (d.h. der Volksrepublik China) sei und dass die aufmüpfige taiwanesishe Regierung bzw. Bevölkerung dies endlich zu akzeptieren habe, um den Weltfrieden aufrecht zu erhalten.

Da solche Wiener Ansichten an und für sich nichts Neues und integraler Bestandteil der dortigen Universitätsausbildung sind, wollte ich das eigentlich nicht kommentieren. Auf vehementes Drängen meiner Kollegen will ich das nun doch tun.

Der Beitrag des Vortragenden lässt sich aus völkerrechtlicher, realpolitischer und europäischer Sicht wie folgt kommentieren.

Der Vortragende spricht davon, dass eine etwaige Gewaltanwendung der Volksrepublik China nicht dem Völkerrecht widersprechen würde, da „die ganze Welt Taiwan als Teil Chinas anerkennt.“ Er meint in diesem Zusammenhang auch, dass die USA das Ein-China-Prinzip anerkenne. Beide Feststellungen sind jedoch schlichtweg falsch. Das Ein-China-Prinzip (one-China principle) besagt, dass es nur eine rechtmäßige chinesische Regierung gibt und dass Taiwan Teil Chinas sei. Diese Sichtweise wird jedoch von den USA (sowie den meisten Staaten der Welt) nicht vertreten. Anstatt des Ein-China-Prinzips verfolgen die USA die sogenannte Ein-China-Politik (one-China policy), die zwar die Regierung in Peking als die einzig rechtmäßige Regierung Chinas anerkennt (recognize), aber Pekings Position bezüglich der chinesischen de-jure Staatshoheit über Taiwan lediglich zur Kenntnis nimmt (acknowledge). Die Mehrheit der Staaten hat bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China die Frage der Staatshoheit über Taiwan mit ähnlichen Formulierungen vermieden. Österreich hat in seinem Kommuniqué mit der Volksrepublik China sogar explizit auf eine solche Formulierung verzichtet, da es für den Verbleib der „Insel Taiwan“ in den Vereinten Nationen nach Ausschluss der nationalchinesischen Regierung war. (Der damalige österreichische Vertreter, Kurt Waldheim, hat mir dies persönlich in einem Gespräch im Sommer 1995 bestätigt.)

In offiziellen Dokumenten der US-amerikanischen Regierung (wie z.B. dem Starr Memorandum) wird der rechtliche Status Taiwans bis dato als offene Frage gesehen, die einer zukünftigen internationalen Lösung bedarf. Eine militärische Intervention vonseiten Chinas steht dabei ausdrücklich außer Frage.

Aus realpolitischer Sicht stellt sich allerdings die Frage, welchen Nutzen Taiwans Anschluss an die Volksrepublik China für die Welt haben könnte. Der Vortragende verspricht sich davon die Wahrung des Weltfriedens sowie einen wesentlichen Fortschritt beider „Landesteile.“ Berichte aus China über „Umerziehungslager,“ weitreichende staatliche Überwachung, willkürliche Inhaftierungen und Folter assoziieren die Taiwanesen keineswegs mit einem fortschrittlichen Staat, sondern erinnern sie eher an die Gräueltaten der früheren nationalchinesischen Regierung Chiang Kai-sheks und dessen Sohn. Taiwan ist seit 1949 de facto ein unabhängiger Staat und zählt heute zu den reichsten und demokratischsten Ländern der Welt. Sich den autoritären Strukturen der Volksrepublik China unterzuordnen wäre daher kein Fortschritt. Taiwan ist ein friedliches Land, der Weltfrieden wäre daher auch ohne Anschluss gewährt.

Mit anderen Worten: Der Vortragende porträtiert Taiwan als Aggressor, obwohl jegliche Feindseligkeit ihren Ursprung im chinesischen Irredentismus hat. Taiwan, so der Vortragende, „torpediere absichtlich“ die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China. Die Realität sieht anders aus.

Die „Triebkräfte“ der jetzigen separatistischen Politik Taiwans ortet der Vortragende in der veränderten Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik China und den USA. China hätte sich nicht „untergeordnet“ und die USA würden China nun „zurückdrängen.“ Im Vortrag folgt dieser Aussage eine Visualisierung der US-militärischen Präsenz im asiatischen Raum, was der ganzen Argumentation einen unübersehbaren anti-imperialistischen Touch verleiht. Die Darstellung der bösen imperialistischen USA und der unterdrückten, ausgebeuteten asiatischen Völker mag eine treffende Skizzierung der 1960er und 1970er sein. Die Solidarität des Westens mit den Ländern Asiens, die sich aus den Zwängen imperialistischer US-amerikanischer Einflussnahme befreien wollten, war daher auch Bestandteil der 68er-Bewegung. Chinas politische, militärische und ökonomische Dominanz in Asien verändert aber nicht nur den geschichtlichen Kontext, sondern verdeutlicht auch die Grundproblematik der gut gemeinten linken Solidarität Europas.

Trotz der Warnungen Adornos und Horkheimers, der führenden Theoretiker der Kritischen Theorie, hat sich diese Solidarität im Wesentlichen in eine Bewegung entwickelt, die die herrschenden (kapitalistischen) Strukturen des Westens verurteilt und dabei ihr eigentliches Ziel, die Menschheit zu emanzipieren, aus den Augen verloren hat. Im blinden Hass gegen den Westen wurden (werden) so „Befreier“ unterstützt, als Helden gefeiert (Ho Chi Minh, Pol Pot und Mao Zedong um einige Beispiele zu nennen) und Diktaturen großgezogen. Der erhoffte große Befreiungsschlag ist jedoch bis heute ausgeblieben. Zurück bleibt eine Geschichte der Destruktion.

Im Falle Taiwans geht diese historische Solidarität mit dem kommunistischen China noch ein paar Schritte weiter. Um eigenes Wohlergehen sichern zu können, sollen nun die aufmüpfigen Taiwaner den Forderungen des göttlichen Führers Xi Jinping entsprechend geopfert werden. Menschen zu opfern in der Hoffnung Götter gut zu stimmen sollte eigentlich spätestens seit der Zeit der Aufklärung nicht Grundlage menschlichen Handelns in unseren Breitengraden sein. Wo ist hier der Fortschritt?

Ich hätte mir von der Zeitschrift International einen Beitrag erwartet, der sich kritisch (und vor allem wissenschaftlich fundiert) mit der Problematik Taiwans auseinandersetzt und alternative Lösungsansätze jenseits des trivialen Abtrünnigen-Provinz-Sagers aufzeigt.

13. Feber 2020

Chris[at]fule.at
www.fule.at